



Renée Tribble

Kooperation und Koproduktion in der Stadtentwicklung: Civic-Public-Partnerships

Während der Begriff der Public-Private-Partnerships mit dem Wandel von Government und Governance und auch der damit einhergehenden Kritik in der Planung ein bekanntes Themenfeld ist, sind die Civic-Public-Partnerships ein jüngeres Phänomen. Sie tauchen mit dem Begehren von Raumunternehmern (Buttenberg et al. 2014) auf, die sich nicht länger als Zwischennutzer und Urban Pioneers sehen, sondern häufig als aus Bottom-up-Initiativen entstehende Mitgestalter und Mitentwickler von städtischen Räumen und Infrastrukturen sehen. In dem deutschen informellen Urbanismus (BBSR 2014) bekommen diese einen wichtigen Stellenwert für experimentelle, innovative und bisweilen emanzipatorische Stadtentwicklung zugeschrieben – zumeist jedoch in Räumen, die den Zwängen des Marktes entzogen sind, in denen kein Entwicklungsdruck herrscht oder in denen andere Nutzungen im Umfeld die Entwicklung der formal festgeschriebenen Nutzungen verzögern oder nicht erlauben. In diesen so entstehenden Zeitfenstern können diese Nutzungen gefördert bis auch geduldet werden. Diese Möglichkeitsräume (Kagan et al. 2019) stellen aber auch ein Potenzial für die nachhaltige Transformation urbaner Räume dar, wobei eine noch nicht ausreichend gelöste Frage darin besteht, warum „Möglichkeitsräume als Inkubationsräume“ und die „Implementation von Nischen-Ideen und künstlerisch-kreativen Projekten als städtische Praktiken [...] noch zu selten funktioniert“ (ebd., S. 376 f.).

An diesem Punkt möchte ich auf die Erkenntnisse aus zwei Seminaren an der Universität Kassel zurückgreifen und eine Definition zivil-öffentlicher Kooperationen in der Stadtplanung an einem prominenten Berliner Pilotprojekt sowie der „Leiter der Partizipation“ voranstellen, um dann auf Grundlage von insgesamt vierzehn bundesweit untersuchten Projekten zivilgesellschaftlich-öffentliche Kooperation zu beschreiben. Vorab ist hinzuzufügen, dass diese Form der Kooperation eben nicht die Zusammenarbeit zwischen bestehenden Institutionen wie anerkannten sozialen Trägern meint, sondern sogenannte Do-It-Together-(DIT-) Projekte in den Fokus nimmt, die im Laufe ihrer Entwicklung von einem losen Interessentennetzwerk und Zusammenschluss in Arbeitsgruppen bis hin zu eingetragenen Genossenschaften, Vereinen oder gemeinnützigen Gesellschaften reichen können.

Unter den Seminartiteln „Neue Kooperationsformen? Wenn Zivilgesellschaft Stadt mitentwickelt“ und „Informelle Planungspraxis – zwischen Machen und Machen-Lassen: selbstinitiierte Projekte in Ermessensspielräumen“ wurde anhand von zwei Fallbeispielen dem Rathausblock Berlin und dem Haus der Statistik in Berlin mithilfe der acht Stufen der Partizipation (Arnstein 1969) untersucht, auf welchen Stufen sich die Projekte in welcher Prozessphase bewegen. Im zweiten Seminar wurden vierzehn Fallbeispiele vergleichend analysiert, in dem zunächst die Projektbiografie und die Akteursstruktur erarbeitet und darauf aufbauend offene und halbstrukturierte Leitfadenterviews mit

den Initiativen und der kommunalen Verwaltungen geführt wurden. Diese bildeten die Empirie, um Herausforderungen und Konflikte in der Zusammenarbeit zu ermitteln.

Auf den oberen Sprossen der „Leiter der Partizipation“

Projekte, in denen zivilgesellschaftliche Initiativen mit kommunaler Verwaltung kooperieren, sind im oberen Drittel der Leiter der Partizipation angekommen. Die Stufen Partnership, Delegated Power und Citizen Control bilden nach Arnstein Grade der Citizen Power bzw. Bürgermacht (Selle 1996). Dennoch oder gerade deshalb kristallisieren sich Irritationen und Missverständnisse heraus. Es braucht mehr Wissen über Kooperationen und Koproduktion in zivilgesellschaftlich-öffentlichen Partnerschaften.

Zunächst ist es wichtig, Kooperation von Bürgerbeteiligung in Planungsprozessen abzugrenzen, die meint, dass „Personen außerhalb der politischen Mandatsträger oder der ihnen zugeordneten Behörden und Institutionen an der kollektiv wirksamen Willens- und Entscheidungsfindung aktiv mitwirken“ (Benighaus et al. 2016, S. 33). Drei Aspekte sind dabei zentral: Der Begriff Beteiligung beinhaltet immer ein Machtgefälle, weil es einem Akteur obliegt, andere zu beteiligen und damit Vorentscheidungen zu Zeitpunkt, Fragestellung und die Einflussmöglichkeiten zu treffen. Während dieses Vorgehen in formellen und einigen informellen Punkten aus Sicht der Planung zu rechtfertigen ist, ist genau dieser Aspekt aber ein entscheidender Unterschied zu koopera-

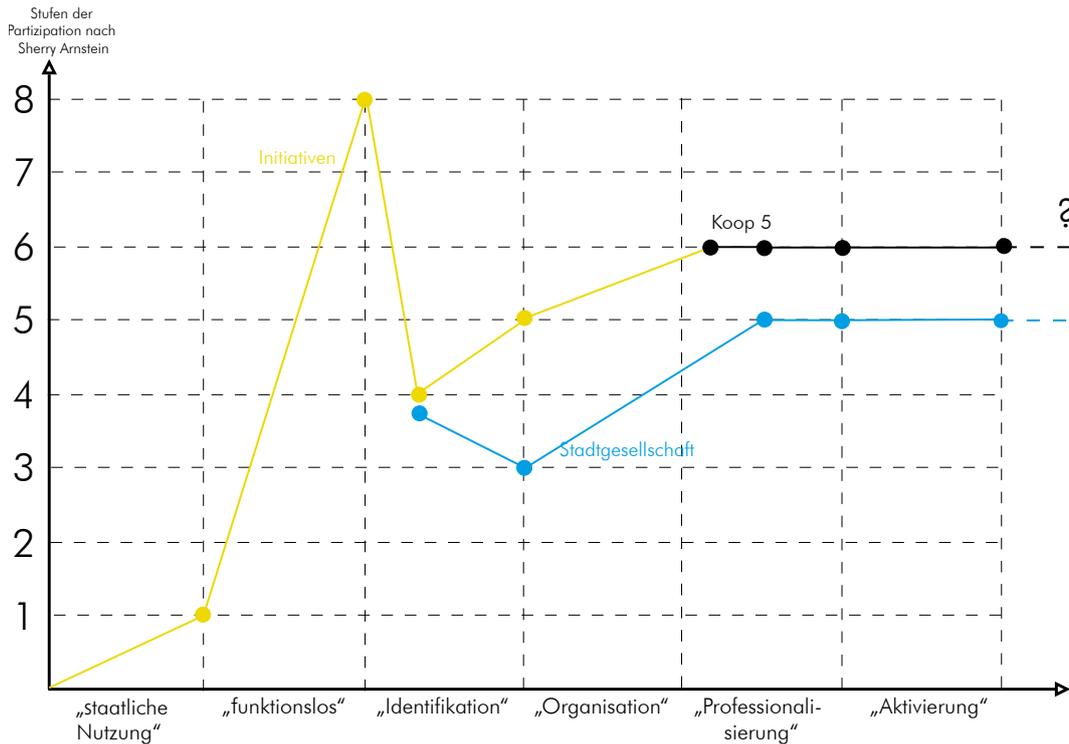


Abb. 1: Einstufung des kooperativen Prozesses nach Arnsteins Leiter der Partizipation (Quelle: Seminar Neue Kooperationsformen, WiSe 2019/20)

ativen Planungsprozessen. Dafür möchte ich zunächst eine Definition kooperativer Zusammenarbeit vornehmen und die Bedeutung der Adjektive partizipatorisch und partizipativ unterscheiden. Herausfordernd bleibt zudem die Unmöglichkeit, jemals die kollektive Gesamtheit der Gesellschaft in den Prozessen der Beteiligung zu erreichen und abzubilden. Und drittens gilt es, die für die Qualität von Beteiligungsprozessen zentrale Frage der Wirksamkeit oder besser Wirkmächtigkeit zu beantworten: Wie wird mit den Ergebnissen von Beteiligungsprozessen umgegangen? Wie werden diese wirksam? Benighaus, Wachinger und Ortwin warnen daher auch vor inszenierten Beteiligungsverfahren, die nicht die „Verpflichtung zur Rückkoppelung und zur ernsthaften Prüfung aller Ergebnisse des Verfahrens“ (Benighaus et al 2016, S. 345) als zentrale Bedingung verfolgen.

Kooperationen in zivilgesellschaftlich-öffentlichen Partnerschaften

Kooperation definiere ich mit Rückgriff auf Selle und Arnstein als eine Zusammenarbeit, mit der Absicht, ein gemeinsames Ziel zu erreichen. In den drei Intensitätsstufen der Beteiligung „Information – Konsultation/Beteiligung – Kooperation“ (vgl. Arbter 2012; Bischhoff et. al 2005) stellt diese die intensivste Stufe dar und meint laut Arbter hingegen der Ein- bzw. Zwei-Wege-Kommunikation der ersten beiden Stufen eine „Mehrweg-Kommunikation: Die Beteiligten entwickeln miteinander und mit der Verwaltung die Planung“ (Arbter 2012, S.11).

Bei der Kooperation ist die gegenseitige transparente Darstellung von Informationen, Stellungen der Beteiligten und Einflussmöglichkeiten zwischen Planenden und Bürgern sowie allen anderen Akteuren wesentlich für die Herstellung eines geteilten gemeinsamen Wissens als Entscheidungs- und Handlungsgrundlage. Eine Kooperation bedeutet keine einseitige Vorplanung, sondern einen gemeinsam gestalteten Planungsprozess. Über bestehende Vorplanungen muss transparent informiert werden, sie bilden jedoch nicht die einzige oder vordefinierte

gemeinsame Entscheidungsgrundlage. Kooperierende treffen gemeinsame Entscheidungen. Die Agierenden sind dabei gleichgestellt, und es gibt keine hierarchischen Unterschiede. Informationen werden transparent dargestellt und alle Interessen gleichermaßen berücksichtigt. Eine kooperative Zusammenarbeit fußt zudem auf einem gemeinsamen Zielverständnis, auf das sich die Partnerinnen und Partner in einem ausgewogenen Machtverhältnis und im wechselseitigen Austausch auf Grundlage einer gemeinsamen Wissensbasis festgelegt haben. Dies umfasst sowohl Entscheidungsberechtigungen als auch Entscheidungskompetenzen.

Bei der Untersuchung der Prozesse im Haus der Statistik zeigt sich eine interessante Differenzierung. Sobald man „die Zivilgesellschaft“ in institutionalisierte Formen unterscheidet und die Zusammenkunftgenossenschaft als Unterzeichnerin der Kooperationsverträge der sogenannten „Koop 5“ getrennt betrachtet, wird deutlich, dass die Kooperationspartner auf Augenhöhe sind, aber die Zivilgesellschaft auf einer niedrigeren anderen Stufe bleibt. Hier kann man in eine strukturelle institutionalisierte Form und in eine inhaltlich experimentelle Form unterscheiden, in der ausprobiert, getestet, verknüpft und für selbst organisierte Prozesse geöffnet wird, wodurch im gesamten Prozess Momente des Experimentellen sowie Innovationen Einzug in die Entwicklung und Ausformulierung des Projekts erhalten und Wirkmacht entfalten können.



Kooperationen informeller Do-It-Together-Projekten und kommunaler Verwaltung

In Projekten, in denen keine gemeinsam definierte Kooperation besteht, aber die Akteure in dem Projekt auf Zusammenarbeit bzw. Unterstützung oder im minimalsten Fall auf eine Rückmeldung oder Entscheidung der kommunalen Verwaltung angewiesen sind, sind die Kommunikation, der Verwaltungsaufwand, der rechtliche Rahmen, die Finanzierung und die Verstetigung wesentliche und bestimmende Parameter in der Einschätzung erfolgreicher Zusammenarbeit. Weitere Herausforderungen für die Projekte sind die Sichtbarkeit von Akteuren, aufkommende Interessenskonflikte, medialer Einfluss sowie das eigene Zeitmanagement.

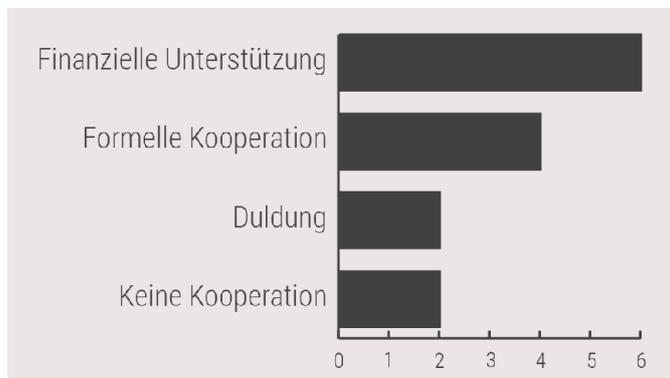


Abb. 2: Arten der Kooperation (Quelle: Seminar Informelle Planungspraxis, WiSe 2020/21)

Kommunikation

Bei der Kommunikation liegen die größten Probleme zu Beginn der Projekte in der Ansprechbarkeit, und zwar sowohl vonseiten der DIT-Projekte als auch der kommunalen Verwaltung. Für die Projekte sind die zuständigen Personen in den Verwaltungsstrukturen schwierig zu ermitteln, für Verwaltungsmitarbeitende stellen andersherum kollektive Strukturen ohne klar erkennbare Ansprechpartner ebenfalls eine Hürde dar. Ebenso ist es für viele Initiativen schwierig, einzuschätzen, wann eine Kontaktaufnahme sinnvoll ist und das Vorhaben auf Unterstützung trifft oder es gegebenenfalls sogar gefährdet. Eines der untersuchten Projekte vermeidet daher jegliche Kommunikation mit der Verwaltung. Der erste Kontakt kann zudem die Art der weiteren Zusammenarbeit beeinflussen. Die Gestaltung der Zusammenarbeit reicht in den untersuchten Projekten von Kommunikationsvermeidung bis zur aktiven Mitgestaltung konkreter Kommunikationsformate, wie der Einrichtung von runden Tischen. Viele der Projekte stehen mit verschiedenen Abteilungen in Kontakt oder müssen Formalien, Interessen und gemeinsame Bedürfnisse mit verschiedenen Zuständigkeiten klären, formulieren und bestenfalls festlegen. Fehlende Zuständigkeiten und konkrete Ansprechpartner für selbst initiierte Projekte in der Verwaltung erschwe-

ren die Zusammenarbeit und bedeuten auf kommunaler Seite zusätzlichen Aufwand. Zudem können die Projekte wissentlich oder unwissentlich in Konflikt mit teils politisch motivierten abweichenden Nutzungs- und Zielvorstellungen geraten. In den meisten der untersuchten Projekte kommt die aktive Zusammenarbeit jedoch den Projekten zugute. Explizit geschaffene „Schnittstellen“, wie beispielsweise „Handlungsraummanager“ in München oder die verwaltungsinternen Stellen der AKS Gemeinwohl im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, sind in dieser Hinsicht eine interessante und richtungsweisende Umsetzung.

Verwaltungsaufwand

Ein hoher Verwaltungsaufwand, wie das Einholen von Genehmigungen, stellen ohne Unterstützung Hindernisse im Projektverlauf dar, die die Arbeitsweise und Motivation von DIT-Projekten ausbremsen können. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, dass DIT-Projekte in Zusammenarbeit mit einer progressiven Verwaltung kreative Lösungen für städtische Aufgaben bieten können, insofern ein ganzheitlicher Nutzen erkennbar ist und der Verwaltungsaufwand geringer ausfällt, als wenn das Vorhaben selbst durchgeführt werden würde. Das Projekt Österreichischer Platz in Stuttgart hat trotz aller Herausforderungen in der Abstimmung und Koordination mit Unterstützung der Stadt ungenutzten Raum aktiviert und der Stadtbevölkerung zugänglich gemacht. Das Kasseler Freiluftexperiment, mit dem Ziel, einen Straßenabschnitt in der Kasseler Innenstadt für einen begrenzten Zeitraum für den PKW-Verkehr zu sperren, erfuhr Unterstützung der Stadt, die die „temporäre Stilllegung“ genehmigte. Die Umsetzung wurde durch die Covid-19-Pandemie jedoch verhindert.

Rechtlicher Rahmen

Organisatorisch gehören elf der insgesamt 14 Projekte einem gemeinnützigen Verein an, fünf Projekte einer Gesellschaft in Form von gGmbH, Genossenschaften oder GbR, und an drei Projekten ist eine Stiftung beteiligt. In drei weiteren Projekten ist eine Gruppe aus Privatpersonen involviert. Manche Projekte setzen bewusst auf ihren informellen Charakter, indem sie leerstehende Immobilien zwischennutzen oder städtische Freiraumnischen entwickeln oder bewusst nomadisch konzipiert sind. Neben der Findung der eigenen Rechtsform stellt insbesondere, wenn Projekte sich räumlich verfestigen, die Konfrontation mit Rechtsnormen – wie die Klärung der Eigentumsverhältnisse, baurechtliche oder Brandschutzanforderungen oder Nutzungsänderungen, die eine Änderung oder Aufstellung von Bebauungsplänen erforderlich machen – wesentliche Herausforderungen dar. Diese erfordern ein erhebliches Know-how und sind mit finanz- und ressourcenintensiven Aufgaben für die DIT-Projekte verbunden. Bei privaten Eigentümern ist die Nutzung in der Regel über Miet- oder Pachtverträge gesichert. Bei den Absprachen



ist häufig keine Intervention der Verwaltung erforderlich. Auch Zwischennutzungen werden über Untermietverträge oder Zwischennutzungsvereinbarungen geregelt. Langfristig wirksam abgesichert sind Projekte, die Immobilien und Grundstücke erwerben oder über diese durch Erbbaurechte von Stiftungen oder Kommunen verfügen können. Fünf der Projekte basieren auf Verträgen oder (Sonder-) Genehmigungen, neun der Projekte sind in einem Bebauungsplan festgesetzt. In zwei Fällen werden Projekte aktiv geduldet.

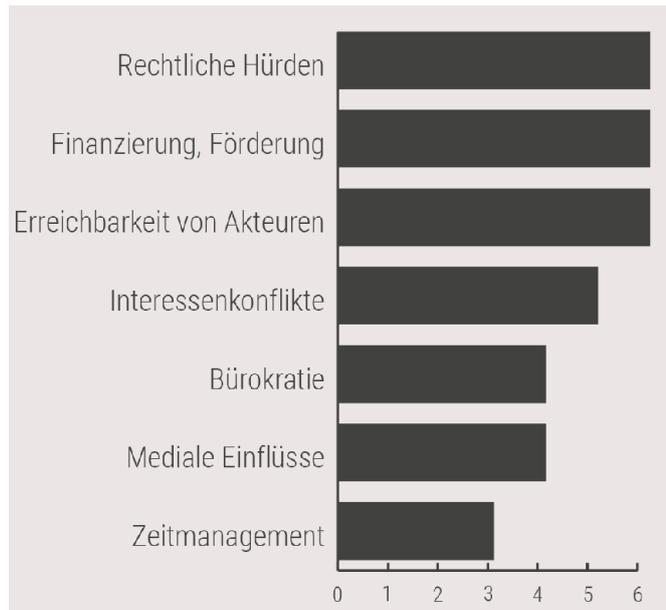


Abb. 3: Häufigkeit der genannten Herausforderungen in den Projekten (Quelle: Seminar Informelle Planungspraxis, WiSe 2020/21)

Finanzierung

Die Frage der Finanzierung ist für viele der untersuchten Projekte ausschlaggebend für ihr Bestehen. Finanzierungsmöglichkeiten sind zudem unmittelbar an die Rechtsform gekoppelt. Mit der Gründung eines Fördervereins oder der Gründung einer gGmbH können die Projekte Spenden empfangen und werden als Entität förderfähig. Bauordnungsrechtliche Aufgaben stellen eine weitere besondere finanzielle Herausforderung dar, für die gezielte Mittel aufgebracht und häufig eingeworben werden müssen, und die eine intensive Kommunikation mit der Verwaltung erfordern. In sechs von 14 Projekten besteht die Kooperation in finanzieller Unterstützung. 32 Prozent der Projekte nahmen Fördermittel zur Umsetzung ihres Vorhabens in Anspruch, wohingegen 23 Prozent der Projekte komplett eigenfinanziert arbeiten. 19 Prozent der Projekte sind auf Spenden angewiesen und finanzieren sich hauptsächlich über diese. Wenige der untersuchten Projekte finanzieren sich über Mitgliedsbeiträge, Veranstaltungen, Kredite oder Stiftungsmittel.

Verstetigung

Der größte Erfolg von informellen Projekten ist die Verstetigung des Projekts. Alle der untersuchten DIT-Projekte nannten die Sicherung bzw. Verstetigung als ein wichtiges Ziel, wobei die Zeitspanne zwischen Initiierung und erfolgreicher Verstetigung ein breites Spektrum aufweist. Konflikte und längere Zeiten der Unsicherheit gehören zur Realität vieler Projekte, wie beispielsweise projektbedrohende Rechtsunsicherheiten bei Grundstücksfragen, die erst nach einigen Jahren – wie im Projekt Zughafen Erfurt – mithilfe eines Letters of Intent und eines Bebauungsplans abschließend gelöst werden. Bei erfolgreich verstetigten Projekten, wie Utopiastadt, rücken als größter Erfolg andere Aspekte, wie eine Vorbild- oder Vernetzungsfunktion, in den Vordergrund. Für den Erfolg sind jedoch die Eigentumsverhältnisse nicht allein entscheidend, sondern insbesondere auch ein Vertrauensverhältnis zwischen den beteiligten Akteuren sowie übereinstimmende Ziele.

Echte Augenhöhe bedeutet echte Kooperation

Eine gelingende Zusammenarbeit fußt auf organisierten Strukturen. Dazu zählen geklärte Verantwortlichkeiten, verbindliche Vereinbarungen sowie regelmäßige Treffen und Austausch. Übergeordnet muss die Kooperation durch politische Instanzen zugelassen und ermöglicht werden, was zum einen Ressourcen und Strukturen, aber auch eine offene Prozessgestaltung erfordert. Für eine kontinuierliche Zusammenarbeit, die Krisen überdauern kann, ist eine ideelle Selbstverpflichtung ebenso ausschlaggebend wie gegenseitiges Vertrauen, das häufig erst durch Erfahrungen von Verlässlichkeit und gemeinsamen Willen über einen bestimmten Zeitraum entstehen kann. Aber auch gemeinsam formulierte Vereinbarungen, die kontinuierliche Fortschreibung und Evaluation sowie eine unabhängige Moderation befördern Kooperation. Für Kooperationen zwischen Zivilgesellschaft und öffentlicher Hand braucht es demnach:

- eine engagierte Zivilgesellschaft,
- eine transparente Beteiligungskultur,
- Transparenz,
- Verbindlichkeit,
- Vertrauen,
- Kommunikation,
- Kompromissbereitschaft,
- Organisation und Verantwortung,
- eine kooperative öffentliche Hand,
- einen Ort der Zusammenarbeit sowie
- Vereinbarungen (schriftlich/mündlich).

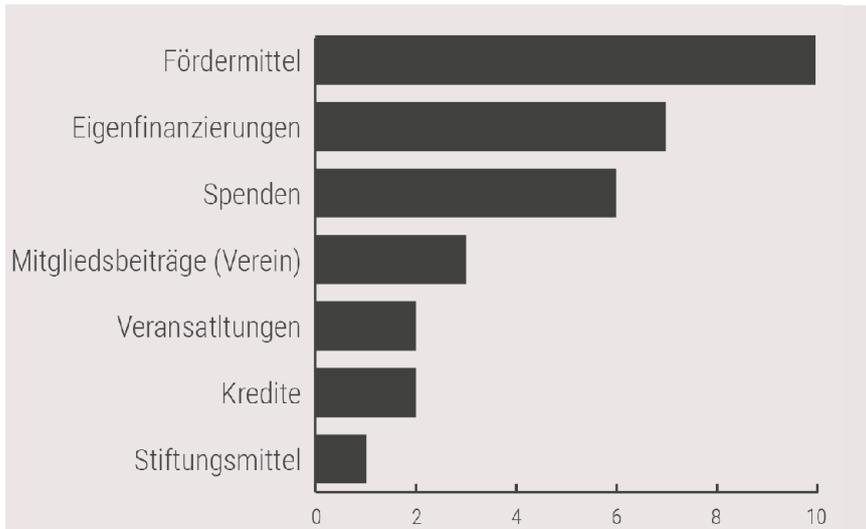


Abb. 4: Finanzierung der Projekte (Quelle: Seminar Informelle Planungspraxis, WiSe 2020/21)

Koproduktion

Eine noch weitergehende Bedeutung hat hingegen der Begriff Koproduktion. Koproduktion umfasst in meinem Verständnis die gemeinsame Raumproduktion – und ist zu jeder Projektphase möglich. Häufig wird Koproduktion jedoch auf die Prozesse des Co-Designs reduziert. Die Silbe „Co“ wird allzu gern verwendet, um Gestaltungsprozesse mit Laien auf Augenhöhe zu qualifizieren, gleichzeitig zeigt sich eine zunehmende Indifferenz in der Verwendung der Silbe „Co“ (vgl. Schneider 2018). Die Bedeutung der Silbe „Co“ lässt sich jedoch viel besser im Rückgriff auf die Concept Art mit Timm Ulrichs erklären. In der Concept Art „geht [es] [...] um die Beteiligung des Kunst-Rezipienten als ‚Mit-Denker, Mit-Spieler, Mit-Realisator, Mit-Autor [...] intellektuellem Partner‘ (Timm Ulrichs)“ (Ohff 1971, S. 50). Koproduzent zu sein, bedeutet, die Autorenschaft zu teilen, Mitautor zu werden, ja, Mitproduzent der Kunst zu sein.

In diesem Sinne ist auch die Unterscheidung von partizipativen und partizipatorischen Prozessen relevant. Diesen wesentlichen Qualitätsunterschied – nicht nur von Beteiligungsprozessen, sondern auch in Hinblick auf Koproduktion – leitet Silke Feldhoff von der semantischen Unterscheidung der Adjektive partizipativ und partizipatorisch ab. „Im Ergebnis meint ‚partizipatorisch‘ das intendierte, vorerst lediglich potenzielle Ermöglichen aktiver Teilhabe und sozialer Beziehungen, beschreibt die Zielsetzung einer Arbeit. ‚Partizipativ‘ hingegen meint eine aktive Teilhabe, die tatsächlich stattgefunden hat, beschreibt also das Ergebnis einer Aktion, eines Projekts.“ (Feldhoff 2009, S. 21 f.). Das bedeutet, dass partizipatorische Projekte auch ohne tatsächliche Beteiligung und Teilhabe erfolgreich stattfinden können, partizipative Projekte kommen jedoch ohne Beteiligung und Teilhabe nicht zu einem Ergebnis und somit nicht zustande. In dieser Unterscheidung wird deutlich, dass Beteiligungsprozesse in der Stadtplanung per se nicht partizipativ sind.

Ein weiteres Paradox (vgl. Stötzer 2020) im Selbstverständnis der Planung ist anzuführen: Während laut BauGB § 3 Satz 1 die „Öffentlichkeit [...] frühzeitig über Ziele und den Zweck der Planung [...] öffentlich zu unterrichten ist“, ist die Öffentlichkeit laut Duden ein „als Gesamtheit gesehener Bereich von Menschen, in dem etwas allgemein bekannt und allen zugänglich ist“ (Bibliographisches Institut GmbH 2022). Planungsvorhaben werden jedoch grundsätzlich aufgrund der Beschaffenheit der kommunalen Verwaltung und repräsentativen Demokratie zunächst vorab formuliert und beschlossen, bevor diese der Öffentlichkeit bekannt oder zugänglich – also öffentlich sind. Es bleibt

also eine entscheidende Frage, wie allgemein bekannte und zugängliche Vorhaben hergestellt werden können und die Öffentlichkeit darüber als Öffentlichkeit vorab besteht. Wann und wie werden selbstinitiierte zivilgesellschaftliche Projekte als Beitrag zur Stadtentwicklung anerkannt?

Die Koproduktion von Stadt auf Augenhöhe stellt damit eine erhebliche Herausforderung von Planung dar. Gerade deshalb sind ein differenziertes Verständnis von Beteiligung in der Stadtplanung und die Anforderungen von partizipativen und ko-produktiven Prozessen besonders relevant und ein wichtiger Baustein im Verständnis und in der Gestaltung von Stadtentwicklungsprozessen.

Während beim Haus der Statistik klar ist, dass die Pilotprojekte auf diesem Feld Pionierarbeit leisten, existieren viele Projekte, die ohne eine solche Auszeichnung versuchen, stadtgestaltend selbst tätig zu werden. Interessanterweise gilt es dann, Formen des Protests zu unterscheiden. Die klassischen Nimby- und Verhindererprojekte auf der einen Seite und solche, die ein gesellschaftliches Interesse nicht im Handeln oder den Entscheidungen der gewählten Politikerinnen und Politiker erkennen können. Hierzu halte ich einen zu betrachtenden Unterschied für genauso wichtig, wie die Unterscheidung von partizipatorisch zu partizipativ: Es geht um einen Moment, den Harvey als den „positiven Moment“ (1996, S. 236) beschreibt. Dieser tritt ein, wenn das partikulare Interesse einer Gruppe verlassen und darum gestritten wird, wie die Stadt als Ganzes sein soll. Dies ist ein weiteres entscheidendes Qualitätsmerkmal für ko-produktive Prozesse. Ko-produktive Prozesse der Stadtgestaltung müssen so gestaltet sein, dass sie es ermöglichen, diese gemeinsame Vorstellung zu erreichen. Dafür braucht es Zeit, Zugänglichkeit, Diversität, aktives Aufsuchen, verschiedene Sprachen und kreative Ausdrucksmöglichkeiten, Plattformen des Austauschs, in die Tiefe gehende Fragebögen sowie ein gleichwertiges Nebeneinander von quantitativer wie qualitativer Auswertung der Beiträge. Zu-



gleich müssen die Originalbeiträge einsehbar und mit den zugespitzten Ergebnissen verknüpft bleiben. Hier ist ein Originalzitat aussagekräftiger als eine glatt geschliffene Translation (vgl. Planbude o.J.; Tribble 2021). Gemeinwohlorientierte Initiativen, die nicht nur ihr Partikularinteresse vertreten, können die lokalen Augen, Ohren und Stimmen aktivieren, sammeln und für Verwaltung sicht- und hörbar machen. Umgedreht können sie über Fachplanungen informieren und kommunizieren und so moderierend in Prozessen wirken. Für diese Kompetenz brauchen sie Anerkennung und Ressourcen sowie Verbindlichkeit für ihr Handeln.



Univ.-Prof. Dr.-Ing. Renée Tribble

Professur für Städtebau, Bauleitplanung und Prozessgestaltung, Fakultät Raumplanung, Technische Universität Dortmund

Foto: Uwe Grützner, TU Dortmund

Quellen:

- Arbter, Kerstin (2012): Praxisbuch Partizipation: Gemeinsam die Stadt entwickeln. Magistrat der Stadt Wien (Hg.): Werkstattberichte Stadtentwicklung, MA 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung, Wien, Nr. 127.
- Arnstein, Sherry R. (1969): A Ladder of Citizen Participation. *Journal of the American Institute of Planners*, 35(4), S. 216–224.
- BBSR im BBR (Hg.) (2014): Informeller Urbanismus. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2, 2014. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.
- Benighaus, Christina/Wachinger, Gisela/Renn, Ortwin (2016): Bürgerbeteiligung. Konzepte und Lösungswege für die Praxis. Wolfgang Metzner Verlag.

Bibliographisches Institut GmbH (2022): Öffentlichkeit, die: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Oeffentlichkeit>, abgerufen am 19.11.2022.

Bischoff, Ariane/Selle, Klaus/Sinnig, Heidi (2005): Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren und Methoden. Bd.1. Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.

Buttenberg, Lisa/Overmeyer, Klaus/Spars, Guido (Hg.) (2014): Raumunternehmer: Wie Nutzer selbst Raum entwickeln, Jovis.

Feldhoff, Silke (2009): Zwischen Spiel und Politik: Partizipation als Strategie und Praxis in der bildenden Kunst. Bd. 1: Analyse, Kontextualisierung, Bewertung. Dissertation, Universität der Künste Berlin.

Harvey, David (1996): Contested Cities: Social Process and Spatial Form. In: LeGates, R.T./Stout, F. (Ed.): *The City Reader* (5th ed., S. 230–237). Routledge.

Kagan, Sacha/Kirchberg, Volker/Weisenfeld, Ursula (Hg.) (2019): Stadt als Möglichkeitsraum: Experimentierfelder einer urbanen Nachhaltigkeit. transcript.

Ohff, H. (1971): Galerie der neuen Künste: Pop, Happening, Hard-Edge, Neo-Surrealismus, Kritischer Realismus, Minimal, Ars Povera, Kinetik, Post-Painterly-Abstraction, Land-Art, Electronic-Art, Op, Project-Art, Process-Art, Fluxus; Revolution ohne Programm, Bertelsmann.

Schneider, Tatjana (2018): The Other Engagement: A Critique of the "Co-". In Koch, M./Rost, A./Siegmond, Y./Tribble, R./Werner, Y. (Hg.): *Perspectives in Metropolitan Research. New Urban Professions – A Journey through Practice and Theory*. Jovis.

Selle, Klaus (1996): Klärungsbedarf. Sechs Fragen zur Kommunikation in Planungsprozessen – insbesondere zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, in: Selle, K. (Hg.): *Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrungen*. S. 161–180. Bauverlag.

Stötzer, Julian (2020): BürgerInnenbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit – eine Gegenüberstellung, BPS-Studienarbeit. Sommersemester 2020, Universität Kassel, FB 06 Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung.

Tribble, Renée (2021): Reizungen und Reaktionen: Kunst und Planung, Dissertationsschrift, HCU Hamburg.

www.planbude.de, zuletzt abgerufen am 19.11.2022.